

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 19 (1978)  
**Heft:** 8

**Artikel:** Das private Huhn darf wieder leben : China knüpft offen an eine verstoßene Landwirtschaftspolitik unter Mao an : wie die Pekinger Presse positiv die Nebenwirtschaft diskutiert

**Autor:** [s.n.]

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094097>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## China knüpft offen an eine verstoßene Landwirtschaftspolitik unter Mao an

# Das private Huhn darf wieder leben

### Wie die Pekinger Presse positiv die Nebenwirtschaften diskutiert

Die neue Realpolitik unter Hua umfasst viele Faktoren. Aber am raschesten Früchte tragen wird sie im wörtlichen Sinn vielleicht in der Landwirtschaft. Dort ist nichts weiter vonnöten, als die natürliche Vorliebe der Kollektivbauern für das eigene Gemüse und die eigene Kleintierhaltung nicht länger zu behindern. Und so erhalten die Nebenwirtschaften jetzt grünes Licht.

Es erweist sich, dass die sogenannte Viererbande 1974/75 die bäuerlichen Nebenwirtschaften in den landwirtschaftlichen Volkskommunen als kapitalistisches Ueberbleibsel liquidieren wollte und damit die Versorgungslage des ganzen Landes beeinträch-

tigte. Heute will man die Privatinitiative auf dem Land nicht mehr hemmen, sondern fördern.

In der Pekinger «Volkszeitung» («Renmin Ribao») erscheinen Zusammenfassungen von Diskussionen, die auf dem Lande über dieses Thema geführt werden. Sie sind zweifellos gelenkt, aber diesmal wohl unzweifelhaft in einer Richtung, die den Bauern passt. Die «Peking Rundschau» (Nr. 8/1978) hat darüber berichtet. Die Lektüre gewährt nebenbei auch einen Einblick in die Debatten, die man unter wechselnden Vorzeichen auf breiter Front veranstaltet. Die Zwischentitel mit ihren interessanten Suggestivfragen sind von der chinesischen Quelle.

### «Diskussion zur Wirtschaftspolitik auf dem Lande»

Kürzlich veröffentlichte die «Renmin Ribao» Berichte von Kadern und Kommunebauern, die, ausgehend von der Realität ihrer Gegend, die Entstellung der Wirtschaftspolitik der Partei für die ländlichen Gebiete durch die «Viererbande» verurteilten. Solche Diskussionen helfen Verwirrungen klären und haben für die Entwicklung der ländlichen Wirtschaft grosse Bedeutung.

#### Ist die private Hühnerzucht ein «Ueberbleibsel des Kapitalismus»?

In den Volkskommunen Chinas wird das sozialistische Kollektiveigentum praktiziert. Nach der Wirtschaftspolitik der Partei für die ländlichen Gebiete in der gegenwärtigen Periode ist es den Kommunemitgliedern erlaubt, private Parzellen zu bewirtschaften und häusliche Nebengewerbe zu betreiben, vorausgesetzt, dass die Entwicklung der Kollektivwirtschaft der Kommune und deren Uebergewicht gewährleistet ist. Während die kollektive Tierzucht energisch entwickelt wird, sollten die Kommunebauern auch Schweine und Hühner halten.

Auch in diesem Fall betrieb die «Viererbande» unter «superrevolutionären» Losungen Sabotage. Sie machte aus dem erlaubten Nebengewerbe der

Bauern ein «Ueberbleibsel des Kapitalismus», das «entfernt» werden müsse. Dies rief in der Hühnerzucht mancher Gebiete schlimme Folgen hervor.

Die Kader und Kommunemitglieder der Produktionsbrigade Djianhsin (Provinz Hupeh) berichteten, dass vor einigen Jahren in manchen Gegenden die Hühnerhaltung verboten war. Ja, es gab sogar Leute, die sich nachts in die privaten Hühnerställe schlichen und das Federvieh abschlachteten. Von Winter 1974 bis Frühjahr 1975 wurden 2000 von 4000 privat gezüchteten Hühnern dieser Brigade kaltgemacht.

In der Diskussion wiesen die Kommunemitglieder darauf hin, dass ihr Eierverkauf an die staatlichen Handelsorganisationen die Versorgung der Stadt verbessere und zugleich der Entwicklung der Landwirtschaft nütze. So hat die Brigade im Vorjahr Eier im Wert von 90 Tonnen Kunstdünger an die staatlichen Handelsgenossenschaften verkauft, und die Einnahmen der Bauern erhöhten sich. Zudem bietet die Hühnerzucht eine weitere Düngerquelle. Die Brigade erhält jährlich 30 Tonnen Hühnermist, durch den 10 Tonnen Reis mehr geerntet werden können.

Zum Schluss kamen alle zu der Ansicht, man müsse — ohne die kollektive Produktion zu beeinträchtigen — die private Hühnerhaltung der Bauern fördern, dies komme dem Staat, dem Kollektiv und auch dem Einzelnen zugute. Mit der «Entfernung des kapitalistischen Ueberbleib-

sels» wollte die «Viererbande» in Wirklichkeit Verwirrung stiften und die Produktion sabotieren.

Nach ihrem Sturz haben die Bauern dieser Brigade im Vorjahr etwa 5000 Hühner gezüchtet und 10 Tonnen Eier an die staatlichen Handelsorganisationen verkauft.

#### Darf man privat Schweine züchten?

Huang Huan-hsin, Kader einer Produktionsbrigade des Kreises Tiányang im autonomen Gebiet Kuangsi der Dschuang-Nationalität, züchtete in den letzten zwei Jahren jeweils fünf, sechs Schweine. Die Parteizelle der Brigade beschloss, seine Erfahrungen zu verbreiten. Dagegen waren aber einige Kader. Sie sagten, die Bauern hielten privat Schweine, lediglich um mehr Geld zu bekommen. Dies sei eine kapitalistische Tendenz.

Entspricht die private Schweinezucht wirklich einer kapitalistischen Tendenz? Sie studierten nochmals die Weisung des Vorsitzenden Mao: «Neben der kollektiven Schweinezucht durch die Genossenschaften muss man jedem Bauernhaushalt raten, ein Schwein oder mehrere zu züchten» und die Wirtschaftspolitik der Partei für die ländlichen Gebiete. Gemeinsam gelangten sie zu der Einsicht, dass die «Viererbande» das erlaubte Nebengewerbe der Bauernhaushalte (z. B. die Schweinezucht) und den Kapitalismus in einen Topf geworfen hatte, indem sie das Nebengewerbe der Bauern als Bluttransfusion für den Kapi-

talismus verschmäht hatte, und dass der üble Einfluss noch nicht völlig beseitigt sei.

Anschließend untersuchten sie die Schweinezucht der Familie Huang: Die Familie züchtete ihre Schweine nur in der Freizeit, alle Vollarbeitskräfte können mehr Arbeitstage verbuchen als jährlich festgelegt, ihre Schweinezucht hat die kollektive Produktion nicht beeinträchtigt; zugleich lieferte die Familie der Brigade viel Mist. Die Schweine wurden dann an die staatlichen Handelsorganisationen verkauft.

Durch diese konkrete Analyse wurde Richtig von Falsch unterschieden: Wenn einer nicht aktiv an der kollektiven Arbeit teilnimmt und privat Schweine anstatt an den Staat auf dem freien Markt zu einem hohen Preis verkauft, ist dies eine Erscheinungsform der bürgerlichen Ideologie, also muss diese Tendenz kritisiert werden. Wenn man aber — ohne die kollektive Arbeit zu beeinträchtigen — die Freizeit für die Schweinezucht einsetzt oder diese den alten und weniger leistungsfähigen Arbeitskräften überantwortet und die Schweine dann an den Staat verkauft, liegt das im Rahmen der Parteipolitik.

Mit geschärftem Bewusstsein verfolgt die Brigade inzwischen den Kurs, die kollektive und private Zucht gleichzeitig zu entwickeln, mit Schwerpunkt auf der kollektiven. Dadurch wächst die Zahl der von Produktionsgruppen wie von Bauernhaushalten gezüchteten Schweine beachtlich an.

#### Warum gab es keinen Ingwer?

Aufgrund von Anfragen von Stadtbewohnern, warum es keinen Ingwer gebe, gingen Journalisten der Hsinhua-Nachrichtenagentur in einigen Städten der Sache nach und veröffentlichten dann einen Untersuchungsbericht in den Zeitungen.

Sie besuchten die Gemüse- und Lebensmittelgesellschaft der Provinz Honan. Statistiken offenbarten, dass allein 1959 in der Provinz 12 000 Tonnen Ingwer geerntet worden waren. Ausser der Selbstversorgung konnte die Provinz 1000 Tonnen an andere Gebiete abgeben. In den letzten Jahren wurde dieses sehr gefragte Gewürz immer knapper.

Als Beispiel wurde der bekannte Ingwerproduzent, die Kommune Schangdschuang des Kreises Boai, im Bericht angeführt. In den fünfziger Jahren wurde hier Ingwer auf über 200 Hektaren angepflanzt. Später sabotierten Lin Biao und die «Viererbande» unter pseudorevolutionären Losungen die Volkswirtschaft. Unter ihrem Einfluss wurde der Ingweranbau als eine Erscheinung bezeichnet, die «das Geld an die erste Stelle setzt», und als «kapitalistische Tendenz» kritisiert. Die Folge war, dass die Produktionsgruppen nicht wagten, auf den Kollektivfeldern Ingwer anzubauen. Auch auf den Privatparzellen war der Anbau untersagt. 1976 wurden in der ganzen Kommune nur 5 Hektaren mit Ingwer bepflanzt. Die dortigen Bauern sagten verärgert: «Ingweranbau ist harte Arbeit, doch wir Ingwerbauern wurden nicht ermutigt, sondern lediglich angegriffen!»

In den Diskussionen machten Kommunemitglieder eine Rechnung auf: Wenn ihre Kommune auf 300 Hektaren Ingwer anbaut, so ist die jährliche Ingwersversorgung für eine Zehnmillionenstadt gesichert. 1977 kritisierten die Ingwerbauern die «Viererbande» und bauten wieder Ingwer an.

## Nebenwirtschaften auch in China keine Neuerung

Dass man in China heute die Nebenwirtschaften fördert, entspricht soweit dem Image des Hua-Regimes und wirkt in dieser Hinsicht nicht überraschend. Dass man sie aber nicht einzuführen braucht, sondern nur wieder aufleben lässt, ist schon eher eine Ueberraschung. Denn das widerspricht der gängigen Vorstellung vom früheren revolutionären Puritanismus maoistischer Prägung.

Wir erfahren aus dem Text, dass die Privatproduktion der Bauern erst 1974/1975 liquidiert wurde, zu einer Zeit, als der alternde Mao (er starb im Herbst 1976) von der «Viererbande» dominiert war; ihr lastet man heute ja auch alle Untaten jener maoistischen Spätperiode an. Bis dahin aber hatten die Nebenwirtschaften offenbar schon existiert. Nicht nur in der revisionistischen Sowjetunion, sondern auch im antirevisionistischen China Mao Tse-tungs.

Tatsächlich war das maoistische China aus schlimmer Erfahrung dazu gekommen, sie zu dulden. Mit dem «grossen Sprung nach vorn» und der Schaffung der landwirtschaftlichen Volkskommunen 1958/59 hatte man die totale und konzeptionslose Kollektivierung angestrebt. Die volkswirtschaftlichen Folgen aber waren verheerend. Und so geschah es,

dass man 1961 von den totalen revolutionären Errungenschaften wieder abging, was auf dem Lande bedeutete, dass die Bauern in beschränktem Ausmass privat produzieren und zum Teil sogar verkaufen konnten. Die Sache institutionalisierte sich zwar nicht so weit wie in der Sowjetunion mit ihren Kolchosmärkten, aber sie bestand und überstand: sogar die Kulturrevolution.

Freilich waren die Nebenwirtschaften in China etwas, was man zulies, ohne es wahrhaben zu wollen. Eine Art gewohnheitsrechtlicher Kleindiebstahl, den man nicht — oder nicht immer — bestrafte. Dass man in öffentlichen Diskussionen ihre Förderung verlangt hätte, wäre nicht in Frage gekommen. In dieser Hinsicht ist also die offene Propagierung bäuerlicher Privatproduktion doch neu. Und wenn ihr die Legitimität offen zuerkant wird, bedeutet das auch, dass sie ein zugesichertes Ausmass erhalten soll. Ob man sie zu normieren sucht wie in der Sowjetunion, steht noch aus. Die ausgegebene Parole lautet, wie aus den Ausführungen zur privaten Schweinezucht ersichtlich ist: der Bauer darf privat so viel produzieren, als er in seiner Freizeit zu bewältigen vermag. Wieviel Boden er dafür beanspruchen darf, wird nicht gesagt. Klar ist ferner, dass der Privatverkauf in den Städten (analog zum Kolchosmarkt in der Sowjetunion) als unrichtig gilt. Das wäre zu «kritisieren». Auch zu bestrafen? Nun, man steht ja in der «Diskussion» und muss abwarten, was sie bringt oder zu bringen hat.



«Diskussion» (Verurteilung der Parteifeinde) auf dem Land zur Zeit der Viererbande. Der Inhalt solcher Pseudodebatten ist sicher passé, ihr Stil und ihre Alternativlosigkeit hoffentlich auch.